

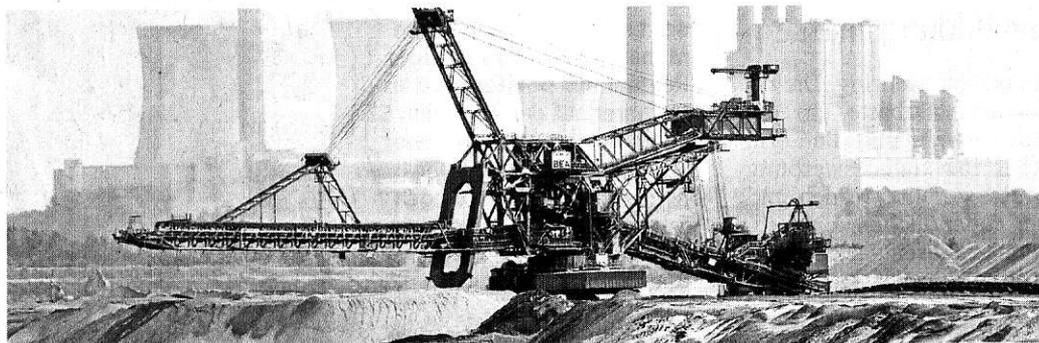
RV 09.10.13

ZUR SACHE

Der Braunkohle-Poker

RWE dementiert Berichte über das Aus für Garzweiler / Anwohner sind verunsichert

ESSEN. Der Braunkohleabbau in Garzweiler und dem Rheinischen Revier zählt zu den heißesten politischen Eisen in NRW. Eine rot-grüne Landesregierung wäre schon fast daran zerbrochen, immer wieder gibt es wütende Bürgerproteste, beim Bundesverfassungsgericht liegt eine Klage gegen Zwangsumsiedlungen für die Kohlebagger.



Ein Bagger fährt vor dem RWE-Kraftwerk Niederaußem durch den Tagebau Garzweiler. Foto dpa

Jetzt könnte eine überraschende Wende den Stromkonzern RWE stoppen, der genehmigte Abbaukapazität für viele Jahre hat: Wegen der Energiewende lohnt sich die Braunkohleverstromung immer weniger.

Zumindest der zum Symbol gewordene Abbau rund um Garzweiler könnte viel eher als erwartet spätestens 2018 wegen mangelnder Rentabilität beendet werden, hieß es gestern in einem Zeitungsbericht, der sich auf Angaben aus der Konzernspitze beruft. RWE dementierte sofort, betonte aber zugleich, wie sehr sich die wirtschaftliche Situation der Braunkohleverstromung verschlechtert habe.

55 bis 60 Euro pro Megawattstunde Strom gab es in guten Zeiten für die Erzeuger. Jetzt sind die Börsenstrompreise unter anderem wegen des großen Angebots an Wind- und Sonnenstrom auf 37 bis 38 Euro für die Einheit abgesackt. Damit erwirtschaften

Gaskraftwerke vielfach rote Zahlen, Steinkohlekraftwerke krebren an der Nulllinie herum, und auch die RWE-Braunkohlekraftwerke verdienen nach Einschätzung eines Energie-Analysten nur noch wenige Euro pro Megawattstunde.

Druck auf Gesetzgebung?

Groß ist aber das Risiko des Geschäfts: Denn wenn die Preise für Verschmutzungsrechte, die bisher bei wenigen Euro pro CO₂-Zertifikat dümpeln, nachdrücklich angehoben würden, könnte der CO₂-intensiven Braunkohle bei den jetzigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf einen Schlag der Boden weggerissen werden. Immerhin hatte Anfang Juli das Europaparlament schon einmal einer vorsichtigen Verknappung der Zertifikate zugestimmt. Viel kommt darauf an, wie nachdrücklich die

neue Bundesregierung das Thema verfolgt. Wenn jetzt mitten in die politischen Weichenstellungen in Berlin hinein ein Bericht mit einem Ausstiegsszenario aus der Braunkohle platzt, vermuten Kritiker ein politisches Manöver. Angesichts der 35 000 Jobs in Tagebau und Kraftwerken in NRW könne RWE so prima Druck auf eine industriefreundliche Gesetzgebung machen, vermuten sie.

Jedenfalls spricht aus Sicht von Analysten außer dem CO₂-Risiko wenig für einen Ausstieg. 2012 war eines der besten Braunkohlejahre überhaupt mit fast sechs Prozent Zuwachs. Die 2012 ans Netz genommenen RWE-Braunkohlenkraftwerke im nahen Grevenbroich-Neurath für 2,6 Milliarden Euro sprechen für den Erhalt des Standortes. Die Anwohner des Tagebaus, die oft viele Jahre das Vorrücken der Bagger verfolgen,

reagieren verunsichert. Sie verlangen Klarheit. Das gilt auch für Hans Josef Dederichs. Für den 49-jährigen Hauptkommissar wäre ein vorzeitiges Aus für den Tagebau Garzweiler vor ein paar Jahren wohl noch ein Anlass zum Jubeln gewesen. Der 49 Jahre alte Kommunalpolitiker der Grünen gehörte von Anfang an zu den Gegnern des gigantischen Projekts.

Heute fällt seine Reaktion auf die Spekulationen alles andere als euphorisch aus. Es sei „unverantwortlich“, was mit den Menschen in der Region gemacht werde, schimpft Dederichs. Er wohnt mit seinen vier Kindern in Erkelenz-Kuckum. Ein Dorf, das bald dem Tagebau weichen soll. „Wir haben uns jahrelang gewehrt“, sagt er. Doch inzwischen hätte sich die Hälfte der Leute mit dem Umlage arrangiert.

Rolf Schraa
Erich Reimann

Ökostrom: Umlage steigt 2014

BERLIN. Bürger müssen sich auf höhere Stromrechnungen einstellen. Die über den Strompreis zu zahlende Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien wird 2014 wohl auf rund 6,3 Cent je Kilowattstunde (kWh) steigen. Das erfuhr die Deutsche-Press-Agentur gestern. Bisher werden 5,277 Cent je kWh fällig, was einen Durchschnittshaushalt mit 3500 Kilowattstunden Verbrauch im Jahr 185 Euro kostet. Damit würde dieser Posten nächstes Jahr auf rund 220 Euro steigen – insgesamt werden derzeit rund 1000 Euro an Stromkosten bei einem Verbrauch von 3500 kWh im Jahr fällig. Jedoch seien noch kleinere Veränderungen bei der Umlage möglich, hieß es.

Die endgültige Umlage für 2014 wird am 15. Oktober von den vier Übertragungsnetzbetreibern bekanntgegeben – sie wickeln sämtliche Vergütungen für Biogasanlagen, Wind- und Solarparks ab. Die Differenz zwischen dem für den Strom erzielten Preis und dem auf 20 Jahre garantierten Vergütungssatz zahlen die Verbraucher per Umlage. Ursprünglich war ein noch stärkerer Anstieg erwartet worden – aber im September gab es überdurchschnittlich wenig Wind- und Solarstrom. dpa